

„... der gegenwärtige Bundesinnenminister steht uns auf den Füßen“

Reinhard Pohl ist Mitglied im Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein und hat für das Magazin „Der Schlepper“ drei Landtagsabgeordnete zur Abschiebungshaft befragt.

Interview mit Serpil Midyatli,
Landtagsabgeordnete der SPD,
zur Abschiebungshaft



Foto: Reinhard Pohl

Serpil Midyatli gehört dem Landtag seit 2009 an. Die SPD verfügt aktuell über 22 Abgeordnete und ist die stärkste Regierungsfraktion. Serpil Midyatli ist stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Sprecherin für Integration.

Der Schlepper: Ihr habt im Programm und im Koalitionsvertrag zwei Punkte stehen: Abschaffung der Abschiebehäft und Hafterleichterungen in Rendsburg. In welchem Verhältnis stehen diese beiden Pläne zueinander? Wenn man die Abschiebehäft abschafft, muss man ja nichts erleichtern.

Serpil Midyatli: Ja, das stimmt. Die SPD-Fraktion hatte ja schon in der letzten Legislaturperiode einen Antrag gestellt zur Schließung der Abschiebehäftanstalt. Es ist logisch, dass wir das in den Koalitionsverhandlungen mit auf den Tisch gepackt haben. Wir wollen die Haftanstalt schließen. Dass das nicht so schnell und einfach geht, ist allen Fachleuten und Experten ja bekannt. Es handelt sich um eine EU-Richtlinie, aber die Abschaffung ist unser Ziel, für die wir auch auf Bundesebene Mehrheiten schaffen wollen. Die Fraktion ist im Moment dabei ganz genau zu schauen, wie es die anderen EU-Länder machen, welche anderen Möglichkeiten gibt es, denn die anderen Länder setzen ja die gleiche EU-Richtlinie um. Wenn andere Länder das anders machen, wäre es für uns ein guter Ansatzpunkt für eine andere Regelung auf Bundesebene.

Da das ein langer Weg ist und wir dafür auch Mehrheiten brauchen, wollen wir schon jetzt etwas tun. In Rendsburg werden ja Menschen festgehalten, die nichts verbrochen haben. Die meisten Menschen in Abschiebehäft befinden sich auf der Durchreise, sie werden nach der Dublin-II-Verordnung gar nicht in ihre Herkunftsländer abgeschoben, sondern sollen in ein anderes europäisches Land. Daher fragen wir schon mal nach dem Sinn der Haftanstalt, wenn über 85 Prozent der Menschen nur zur

Abschiebung in ein anderes europäisches Land festgehalten werden, und es ist nun mal vom äußeren Eindruck her ein Gefängnis. Wir wollen also im ersten Schritt diese Anstalt so offen wie möglich nach innen machen. Nach außen muss sie geschlossen bleiben, das geht im Moment nach den Gesetzen nicht anders. Es gab ja Gespräche dazu, auch mit dem Flüchtlingsrat, auch mit der Diakonie, und es gibt eine Sammlung von Möglichkeiten, den Zustand zu verbessern.

Der Schlepper: Sind für Dich auch getrennte Lösungen vorstellbar? Es gibt ja Abschiebehäftlinge von den Ausländerbehörden, und es gibt Abschiebehäftlinge, die als Durchreisende von der Bundespolizei festgenommen wurden. Ist es für Dich vorstellbar, erst einmal nur für einen Bereich die Abschiebehäft abzuschaffen?

Serpil Midyatli: So weit sind wir noch gar nicht. Wir sehen uns noch die verschiedenen Möglichkeiten an. Bei den Ausländerbehörden ist es so, dass längst nicht alle, die abgeschoben werden, auch in Abschiebehäft kommen. Es geht ja auch anders. Es gibt Gespräche, und viele reisen auch alleine aus, damit sie später auch legal wieder einreisen können. Für die meisten funktioniert ja jetzt schon die Abschiebung, wenn es denn sein muss, ohne dass sie in Abschiebehäft genommen werden. Ich kann mir vorstellen, dass es hier noch mehr Möglichkeiten gibt. Ich habe mit dem ehemaligen Flüchtlingsbeauftragten Wulf Jöhnk intensiv diskutiert, er geht von sieben bis acht Personen pro Jahr aus, bei denen ohne Haft eine Abschiebung nicht möglich wäre. Und da könnte ich mir vorstellen, dass man diese Menschen auch in der Landesunterkunft in Neumünster

unterbringen könnte. Das sind aber bis jetzt nur Diskussionen und Überlegungen, es gibt noch keine Entscheidungen.

Wir wollen auch auf die ausgearbeitete Übersicht aus den anderen europäischen Ländern warten, weil es da vielleicht noch ganz andere Modelle gibt, die wir mit diskutieren wollen. Die Fußfessel, auch das wird ja diskutiert, wollen wir nicht, das kann ich jetzt schon sagen. Denn auch die Fußfessel macht krank. Es gibt Studien dazu, die zeigen psychische Verletzungen bei den Betroffenen. Das ist definitiv keine Möglichkeit, die ich meiner Fraktion vorschlagen werde.

Der Schlepper: Die Abschiebehafteinrichtung in Rendsburg heißt ja ausdrücklich nicht „Gefängnis“, sondern „Einrichtung“. Organisatorisch ist es aber eine Außenstelle des Kieler Gefängnisses, der Justizvollzugsanstalt. Wenn es anders organisiert werden soll als ein Gefängnis, wäre es dann nicht logisch, es in eine andere Trägerschaft zu geben? Könnte es auch eine Außenstelle der Landesunterkunft für Flüchtlinge in Neumünster sein?

Serpil Midyatli: Für die Abschiebungen selbst ist ja das Innenministerium zuständig. Für die Abschiebehafteinrichtung ist das Justizministerium zuständig. Das erschwert unsere Arbeit ein wenig, weil wir es eben mit zwei Institutionen zu tun haben. Ich denke schon, es könnte eine richtige Schlussfolgerung sein: Wenn wir die Menschen nicht mehr einschließen, muss die Einrichtung auch nicht im Justizministerium angesiedelt sein. Es kommt darauf an, welche Form die Einrichtung später hat, danach entscheidet sich dann, wo sie angesiedelt ist. Ich habe aber nicht den Eindruck, dass solch ein Wechsel ein Problem ist. Ich glaube zum Beispiel, dass das Justizministerium nicht traurig sein wird, wenn es dafür nicht mehr zuständig ist.

Der Schlepper: Es ist ja auch die Frage: Wie sind die Leute ausgebildet, die dort arbeiten? Jetzt sind sie ausgebildet, in einem Gefängnis zu arbeiten. Kann das auch ein Hindernis für Veränderungen sein, wenn die Leute nicht für eine andere Einrichtung ausgebildet sind?

Serpil Midyatli: Das ist für mich schwer zu beantworten. Wir haben dem Justizministerium jetzt zehn oder zwölf Punkte gegeben und sie beauftragt zu prüfen, ob diese Forderungen umzuset-

zen sind. Da hat das Justizministerium jetzt geguckt, was geht und was nicht geht. Und diese Gespräche, auch mit der Leitung der Einrichtung in Rendsburg, verlaufen sehr, sehr positiv. Die Leitung ist sehr kooperativ und hat schon gesagt, dass sie sich viele Erleichterungen gut vorstellen kann. Das Hauptproblem ist wie in anderen Gefängnissen der Personalmangel. Einiges kann mit dem vorhandenen Personal nicht umgesetzt werden, und ich weiß noch nicht, wo wir an anderer Stelle Personal einsparen können, um es in dieser Anstalt einzusetzen. Es ist eine Mammutaufgabe zu prüfen, wie wir so viel Hafterleichterung wie möglich hinbekommen, ohne dass uns die finanzielle Lage im Wege steht.

Der Schlepper: Kannst Du einige der Punkte von der Liste nennen?

Serpil Midyatli: Es geht zum Beispiel um das Persönliche, also zum Beispiel die Möglichkeit, ein Handy zu besitzen. Das wird wohl umgesetzt, so dass sie jederzeit Kontakt zu Angehörigen aufnehmen können. Dann geht es darum, sich eigene Mahlzeiten zuzubereiten. Da gibt es schon Pläne zu Räumen und Kosten, es gibt auch Modelle aus anderen Bundesländern. Dann geht es um das Recht auf eigene Kleidung, dass sie diese Jogginganzüge und die Schlappen nicht mehr tragen müssen. Dann geht es um die Einschlusszeiten über Mittag, also die Möglichkeit, auch gemeinsam Mittag zu essen. Das hat zum Beispiel auch mit Personal und Personalkosten zu tun. Aber wenn wir schon den Nachteinschluss nicht weg bekommen, der wird wohl bleiben müssen, dann sollten wir es zumindest schaffen, diesen Einschluss am Tag abzuschaffen. Außer dem Nachteinschluss ist es schwierig mit den Vorschlägen, zusätzliche Freizeitaktivitäten anzubieten. Das ist auch räumlich schwierig, es ist ja nun mal ein altes Gefängnis. Und wenn wir diese Anstalt letztlich schließen wollen, können wir jetzt nicht Millionen in einen Umbau stecken.

Ein wichtiger Punkt ist die Verbesserung der Gesundheitsversorgung. Da sind wir ganz stark dran. Und da gibt es für mich auch nicht das Argument der finanziellen Knappheit: Die Menschen dort müssen medizinisch vernünftig versorgt werden. Die Achtung der menschlichen Würde darf keine Finanzfrage sein.

Der Schlepper: Ihr wollt ja als Ziel die Abschiebehafteinrichtung komplett abschaffen. Befürworter der Abschiebehafteinrichtung sagen, wenn man Grenzen hat, wenn man ein Aufenthaltsrecht hat, wenn der Staat entscheidet wer bleiben darf und wer nicht bleiben darf, braucht man in letzter Konsequenz auch die Mittel das durchzusetzen. Verzichtest Du mit der Abschiebehafteinrichtung nicht auch auf das Mittel, eine Ausreiseaufforderung durchzusetzen?

Serpil Midyatli: Wenn man diejenigen, die sich der Abschiebung mit allen Mitteln widersetzen, später in der Landesunterkunft unterbringt und sie das nutzen, um unterzutauchen – das ist das Risiko, was man dann eben tragen muss. Aber schon jetzt ist es ja so, dass die meisten Menschen, die abgeschoben werden, gar nicht in Abschiebehafteinrichtung genommen werden. Es funktioniert ja bei der großen Mehrheit ohne Haft.

Der Schlepper: Gibt es schon einen konkreten Zeitplan? Bis wann sollen die Hafterleichterungen eingeführt sein, in welchem Zeitrahmen wollt Ihr die Bundesgesetzgebung verändern?

Serpil Midyatli: Zu den Hafterleichterungen habe ich bei den Gesprächen mit dem Justizministerium vertreten, dass das schnell gehen kann, weil man es mit Erlassen regeln kann. Ich hoffe, dass wir noch dieses Jahr Entscheidungen haben, und dann sollte der Erlass schnell kommen. Ich hoffe also, dass wir das in den ersten Monaten des Jahres 2013 umgesetzt haben. Es ist einer der prägnantesten Punkte in unseren integrationspolitischen Vorstellungen, die im Koalitionsvertrag als „Willkommenskultur“ bezeichnet werden, es gehört zum Paradigmenwechsel in der Flüchtlingspolitik, und da muss jetzt schnell geliefert werden. Da spielt niemand auf Zeit, es ist einer der ersten Punkte, die wir in der Koalition konkret umsetzen. Einen Zeitplan für die Schließung der Einrichtung gibt es noch nicht. Das Innenministerium arbeitet mit an einer Übersicht, welche Möglichkeiten es innerhalb der gültigen EU-Richtlinie gibt. Wir gucken parallel auch nach den Möglichkeiten und nach den Erfahrungen in den anderen EU-Ländern. Da wir da auch eine Bundesregelung finden müssen, kann ich keinen Zeitplan sagen. Es wird keine schleswig-holsteinische Regelung geben, und der gegenwärtige Bundesinnenminister steht uns auf den Füßen.

